

Politische Tagesübersicht.

Interpellation über die Duisburger Gas-Unglücke. Die Sozialdemokraten haben im Reichstagen eine große Anfrage eingebracht, worin sie auf die zwei schweren Gasunglücke Bezug nehmen, die infolge fehlerhafter Betriebsleitungen in der Duisburger Gegend vorgekommen sind. Das Staatsministerium soll erklären, ob es ihm bei den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen möglich ist, über Betriebsleitungen und ihren Bau die bringend notwendigen Kontrollen auszuüben bzw. was es zu tun gedenkt, um Leben und Gesundheit der Bevölkerung ausreichend zu sichern.

Beisprechung der Führer der Regierungsparteien am 24. Januar beim Kanzler. Der „Berliner Börsen-Courier“ meldet u. a.: Die verordnete, beabsichtigte Reichskanzler Müller am 24. Januar, am Tage des Wiederauftritts des Reichstages, die Führer der Parteien zu empfangen, die der jetzigen Regierung Minister zur Verfügung gestellt haben. Im Vordergrund dieser Verhandlungen wird die parlamentarische Erledigung des Reichshaushaltsplanes stehen. Das ist die erste und wichtigste Aufgabe und alle etwaigen grundsätzlichen Erörterungen über künftige Regierungspolitik werden demgegenüber zurücktreten müssen. Reichskanzler Müller vertritt den Standpunkt, daß im interfraktionellen Austausch unbedingt eine klare Verständigung gesunden werden muß. — Die demokratische Reichstagsfraktion wird vor dem Wiederauftritt des Reichstages eingehend zur politischen Lage Stellung nehmen und zwar werden in der ersten Fraktionssitzung der Reichstagsabgeordnete Georg Bernbard über Finanzfragen, der Reichstagsabg. Dernburg über Außenpolitik und die Reparationsfrage sowie der Reichstagsabgeordnete Dr. Kütz über Fragen der Reichswehr sprechen.

Unverständliche Aufregung Frankreich über Deutschlands Kriegsschiffe. Der „Jupiter“ findet es erstaunlich, daß die Franzosen sich über den Bau der deutschen Kriegsschiffe aufregen, da sie selbst eine so große Summe für den Bau einiger Schiffe in den Haushalt eingelegt hätten. Es sei allerdings wahr, daß die neuen deutschen Schiffe besser seien als die Schiffe anderer Staaten. Aber man könne Deutschland nicht daran hindern, den ihm durch die Verträge zustehenden Bestand an Schiffen so gut wie möglich auszubauen. Gegenüber der Geschichte werde Frankreich für das, was infolge der jetzigen Rüstungen geschehe, verantwortlich sein, weil es an Befolgungswahnsinn leide.

Kranzübertragung des K.D.C. am Nationaldenkmal Kaiser Wilhelm I. Aus Anlaß der gestern vor 58 Jahren im französischen Königschloß zu Versailles erfolgten Gründung des Deutschen Kaiserreiches ließ der Nationalverband Deutscher Offiziere am Nationaldenkmal Kaiser Wilhelm I. einen Kranz mit schwarz-weiß-roter Schleife niederlegen. Premierminister und Marineminister Ruffolini empfing gestern nachmittag um 6 Uhr den Kommandanten des deutschen Bootschiffes „Emden“, Fregattenkapitän Arnaud de la Perrière seinen Adjutanten und den ihn begleitenden italienischen Marineoffizier, die ihm durch den deutschen Bootschiff-Freiherrn von Neutath vorgestellt wurden.

Ein Antrag auf Französisierung von Namen. Der radikal Abgeordnete Lambert hat in der französischen Kammer einen Gesetzesvorschlag eingebracht, durch den Ausländer, die die französische Nationalität erworben haben, ermächtigt werden sollen, die Französisierung ihres Vor- und Zunamen zu beantragen. Zur Begründung dieses Vorschlages führte Lambert aus, daß eines der größten Hindernisse für die Assimilierung des naturalisierten Ausländers der fremdländische Name bleibe, den die meisten von ihnen führten, und der selbst nach Generationen auf ihre Herkunft schließen ließe.

Für die deutsch-französische Annäherung. Am Donnerstagabend hielt in der Pariser Arbeitsbüchse vor mehreren hundert Zuhörern und Zuhörerinnen die Vorsitzende der Berliner Gruppe der Internationalen Liga für neue Erziehung, Franlein Müller, einen Vortrag über die Neuorientierung der deutschen Schule. Die Sprecherin versicherte u. a., daß der deutsche Lehrerverein von Männern geleitet sei, die den Wunsch hätten, mit Frankreich für die Wiederveröhnung der Völker zu arbeiten.

Eine Entschließung des Deutschen Arbeiterbundes für Verfassungsreform. Der Deutschnationale Arbeiterbund veröffentlicht zum 18. Januar, dem Reichsgründungstage, folgende Entschließung: Die Verfassung von Weimar entspricht nicht den wahren Bedürfnissen des deutschen Volkes. Insbesondere ist die Möglichkeit, durch Mehrheitsbeschluss des Parlaments jede Regierung oder jeden Minister zum Rücktritt zu zwingen, der Grund zahlreicher Krisen geworden und hat dazu geführt, daß in entscheidend wichtigen Zeitpunkten Deutschland weder handlungs- noch verhandlungsfähig war. Jede gradlinige, einem klar erkannten Ziel zutreibende Politik ist unmöglich und durch „Ministerverantwortlichkeit“ bei unvorhergesehenen Unfällen Regel geworden. Der Deutschnationale Arbeiterbund fordert daher, in völliger Uebereinstimmung mit der Deutschnationalen Volkspartei, eine gründliche Verfassungsreform und mehr Macht für den Reichspräsidenten.

Ehrenpension für Salisch. Die österreichische Regierung hat im Nationalrat einen Gesetzentwurf über die Zuerkennung einer Ehrenpension für den ehemaligen Bundespräsidenten Dr. Michael Salisch eingebracht. Es soll ihm ab 1. Januar 1929 eine Ehrenpension im Betrage von 12 000 Schilling zuerkannt werden.

Der Chef der Marineleitung in Kiel.

Kiel. Der Chef der Marineleitung, Admiral Dr. h. c. Raeder, traf gestern nachmittag in Begleitung des Kapitäns zur See Albrecht und seines persönlichen Adjutanten Kapitänleutnant König auf seiner Verhütungsbreite durch die Stabsortanlagen an der Nord- und Ostsee im Kraftwagen von Omben kommend hier ein. Er wird dem erkrankten Stationschef Konteradmiral Hansen, der noch immer an den Folgen eines Sturzes vom Verdeck darniederliegt, einen Besuch abkatten und heute das Marinepersonal besichtigen. Bei den Deutschen Werken wird Admiral Raeder Besprechungen über die Vorarbeiten für das Panzerschiff A abhalten.

Einstweilige Verfügung der Heilsarmee.

London. Der vom Hohen Rat der Heilsarmee abgeordnete General Bramwell Booth hat eine einstweilige Verfügung gegen den Hohen Rat erwirkt, der es diesem verbietet, vor nächsten Montag gewaltsame Beschlüsse über seine Abhebung oder die Ernennung eines Nachfolgers zu fassen. Auf Montag ist eine weitere gerichtliche Verhandlung in der Angelegenheit anberaumt.

Unfall des Nachfolgers von General Booth. — **Wichtiger Tod eines hohen Funktionärs der Heilsarmee.** London. Der stellvertretende General der Heilsarmee, Kommissar Higgins, der als der wahrscheinlichste Nachfolger des Generals Booth angesehen wird, hatte gestern auf der Fahrt zu einer Sitzung des Obersten Rates der Heilsarmee einen schweren Kraftwagenunfall, bei dem er nur wie durch ein Wunder gerettet wurde. — Der Vizepräsident des Obersten Rates, Cairns, erlag zum Schluß der Sitzung einem Schlaganfall.

Sauwetter im Röhengebiet.

X Hamburg. (Huntierud.) Nach dem kurzen Frost des letzten Tage ist in den letzten Stunden und über Nacht im Röhengebiet der Nord- und Ostsee die kalte Südhannover hinein ein Witterungsumschlag eingetreten. Die Schwerkühe, die namentlich im Gebiet von Altona bis Ostland mit schweren Eiskernen verbunden waren, sind jetzt in Fluten über. In Hamburg kamen heute vormittag 9 Uhr 5 Grad Wärme.

Sauwetter in Berlin.

Berlin. (Huntierud.) Nach dem kurzen Frost der vergangenen Tage leitet in der morgensorgen Nacht ein Witterungsumschlag ein. Das Thermometer zeigt um 10 Uhr vormittags 3 Grad Wärme.

Surchbare Erdbeneninfarktpö.

Über 200 Tote beim Erdbeben in Venezuela.

London. (Telunon.) Nach den neuesten Nachrichten aus Caracas in Venezuela sind im Erdbebengebiet von Cumana bereits 200 Leichen aus den Trümmern geborgen worden. Die Zahl der Verletzten wird nun mit über tausend angegeben und der angerichtete Schaden auf 10 Millionen Dollar geschätzt. General Jofe Garbi bestätigte, daß die Zahl der Toten und Verletzten in Cumana außerordentlich groß ist. Präsident Gomez hat angeordnet, daß Schiffe mit Verletzten, Nahrungsmitteln und Medikamenten nach dem Erdbebengebiet abgehen.

Hunderter von Menschen bei dem Erdbeben in Schaan unter Trümmern begraben.

London. (Telunon.) In Beijing eingegangene Telegramme bestätigen, daß bei dem Erdbeben im nordwestlichen Teil der Provinz Schaan zahlreiche Menschen ums Leben kamen. Der größte Teil der Häuser in verschiedenen Städten und Dörfern stürzte zusammen, wobei Hunderte von Menschen unter den Trümmern begraben wurden. Die genaue Anzahl der Getöteten ist noch nicht bekannt.

Die finanzielle Seite der Invaliden- und Angehörigenversicherung.

vd. Berlin. Im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages teilte die Regierung mit, daß die Gesamtsumme der Einnahmen der Träger der Invalidenversicherung im Jahre 1928 1170 Millionen Reichsmark betragen habe. Dem standen an Ausgaben gegenüber: 670 Millionen Rentenleistungen, 85 Millionen freiwillige Leistungen, 50 Millionen Verwaltungslosten, 5 Millionen sonstige Ausgaben, so daß die Gesamtsumme der Ausgaben 810 Millionen betrug. Der Ueberschuß für 1928 stellt sich danach auf 360 Millionen Reichsmark. Die Beitragseinnahmen betragen 1928 1090 Millionen. Im Jahre 1929 werden die Beitragseinnahmen noch etwas höher sein wegen der Neueinführung der Pögnklasse VII.

Vorausichtlich ist mit einer Beitragseinnahme von 1140 Millionen Reichsmark zu rechnen. Einen wesentlichen Antriebsfaktor der deutschen Wirtschaftsentwicklung wird man in den folgenden Jahren kaum erwarten können. Darum soll vorläufigerhand von 1929 ab mit denselben Beitragseinnahmen gerechnet werden wie 1928. Die vom Reiche an die Invalidenversicherung zu zahlenden Mittel aus Pögnträgen (40 Millionen) sehen laut Gesetz nur noch bis zum 31. März 1929 zur Verfügung.

Die Ausgaben für die Rentenleistungen werden sehr hart anwachsen; für die nächsten Jahre ist mit einem jährlichen Zuwachs von etwa 100—110 000 Invaliden und 50 000 bis 60 000 Witwenrenten zu rechnen, während die Rentenrenten ihren Beharrungsstand etwa erreicht haben. Man kann annehmen, daß die Ausgaben für Rentenleistungen jährlich anfangs um etwa 70, dann um 75 und später um 80 Millionen Reichsmark von Jahr zu Jahr steigen werden. Demgemäß muß für 1928 mit etwa 1420 Millionen gerechnet werden.

Die Ausgaben für freiwillige Leistungen sind von 1920 ab gleichmäßig auf neunzig Millionen angenommen worden. Auch die Verwaltungskosten werden durch die vergrößerte Verwaltungsarbeit allmählich zunehmen. Man kann damit rechnen, daß 1929 noch ein Ueberschuß von etwa 355, 1930 von 200, 1931 von 215, 1932 von 140 und 1933 von 70 Millionen Reichsmark vorhanden sein wird. Von 1934 ab müßte dagegen mit einem Fehlbetrag von fünf Millionen gerechnet werden, der sich im Verlauf der weiteren Jahre bis 1938 auf 885 Millionen Reichsmark für das letztgenannte Jahr erhöhen würde. Die Beitragseinnahmen allein reichen danach nur bis 1932 aus, um die Ausgaben zu decken. Die Gesamteinnahmen reichen noch bis 1933 aus. Dann aber steigen rasch zunehmend die Fehlbeträge.

Der Gesamteibetrag während der Jahre 1934—1938 wird sich auf etwa 1006 Millionen Reichsmark stellen, während von 1929—1933 1075 Millionen vorausichtlich würden zurückgelegt werden können. Sollte man die Fehlbeträge nicht aus den Rücklagen decken, so müßte man 1933 eine Erhöhung der Beiträge vornehmen, entweder allgemein oder durch einen Aufbau von Pögnklassen.

Bei der Angehörigenversicherung würde eine Erhöhung der Beiträge um 25, 54 v. H. hinreichen, um bei Festhaltung der gegenwärtigen Leistungen für die Zukunft volle Deckung aller Ausgaben zu bewirken. Aus einem etwaigen Erhöhungsbeitrag dürfte keine Steuererhöhung erwachsen werden, weil sonst neue ungedeckte Schulden entstehen. Ein Gesetzentwurf über die Erweiterung des Reiches der Selbstverwaltung soll gelegentlich einer anderen Abänderung des Angehörigenversicherungsgesetzes dem Reichstag vorgelegt werden. Entsprechendes gelte auch für die Invalidenversicherung.

Reichsgründungsfeier in Dresden.

id. Dresden. Im großen Saale der Kaufmannschaft, dessen Bühne in einem Schmus von Blattschiffen und in den alten deutschen Reichsfarben prangte, hielt gestern die Deutsche Volkspartei ihre Reichsgründungsfeier ab. An ihr nahmen u. a. der Ehrenvorsitzende der Deutschen Volkspartei Geh. Rat Dr. Vogel, Minister Dr. Kaiser und Minister a. D. Dr. Bänger teil. Zwei weibliche Männerchöre, vortragen von dem Gefangenenverein der Eisenbahndienstbeamten leiteten die Veranstaltung ein. In seiner Begrüßungsansprache betonte der Vorsitzende des Ostvereins, Ministerialrat Dr. Schettler, daß die Deutsche Volkspartei sich mit Recht die Partei der Reichsgründung nennen dürfe.

Reichsminister a. D. Dr. Scholz hielt die Festrede. Der 18. Januar ist reichhaltige Erinnerungen an die verschwundene Macht und Herrlichkeit des Reiches aus. Aber nicht

meistlich, sondern freudig und dankbar solle man des Tages gedenken, an dem zum ersten Male die Träume des deutschen Volkes sich erfüllt hätten. Und dieses Werk, das bisher allen Völkern unbekannt geblieben, solle auch bis in alle Ewigkeit erhalten bleiben. Die deutsche Generation aber ringe wieder um die Befreiung des Reiches und es sei schwer zu sagen, wie sich Bismarck dazu stellen würde. Sicherlich verhielte er sich anders als zu jener Zeit, da er mit den heute geänderten Verhältnissen zu rechnen habe. Wenn der deutsche Gläubigkeit als Ziel vorstünde, verheißt er nicht gegen Bismarcks Willen. Er habe vorausgesehen, daß gegen oder ohne Freuden im Reich nicht regiert werden könne, deswegen verband er die Rettung von Freuden und dem Reich so eng. Der Redner ging dann auf den Vorschlag Dr. Luthers ein, der über die Befreiung in Hamburg, daß die Trennungslinie zu Süddeutschland verläuft werde. Zunächst müßte Kleinarbeit geleistet werden und die Länder müßten immer mehr reif zur Vereinheitlichung gemacht werden. Jede man diesen die Steuerverantwortung zurück, dann würde ihre Reichstums auch wachsen. Gewalt läßt sich nicht zum Ziele, vielmehr müßten die Länder praktisch von den Vorteilen des Einheitsstaates überzeugt werden. Als die Ziele der deutschvölkischen Verfassungsänderung nannte der Redner: Stabilisierung der Regierung und Stabilisierung des Ganzen. Damit handle man im Geiste Bismarckscher Realpolitik. Dieser größte Deutsche solle und immer Vorbild sein und bleiben. Mit dem Hoch auf das Vaterland schloß Minister Dr. Scholz seine Rede. Stehend sang die Versammlung des Deutschlandlied.

Schach.

Bearbeitet von der Schachvereingung Bonn. In einer jüngst im Münchener Schachklub zwischen dem Herrn Dr. Steinbrocher und Bessinger gespielten freien Partie kam es zu folgender Stellung:

Schwarz: Bessinger.

	A	B	C	D	E	F	G	H	
8	K								8
7									7
6									6
5									5
4									4
3									3
2									2
1									1
	A	B	C	D	E	F	G	H	

Weiß: Dr. Steinbrocher.

Weiß am Zuge sog: Tal—D1
Nun suchen beide Spieler sich gegenseitig an List und Schläue zu überbieten.
Dd7—c6
Schwarz stellt hier seinem Gegner mit Preisgabe des Springers und folgendem Toß eine unübliche Falle.
Dh4—c7
Ein ästhetisches Lächeln auf Seite des Nachziehenden.
Tal—e8
De7—h4! Tal—c6
Das Lächeln wird ein siegesicheres Grinsen, denn es droht für Weiß zum mindesten Damenverlust (durch Absugschach) D>ch4!! Verblüffung! Zum Einsetzen seines Gegners kündigt Steinbrocher ein vierzähiges Matt an:
g6—g7! Kb5—h7
g7×f8+! Kb7—h8
Tgl—g8 matt
Applaus! Wer andere eine Grube gräbt... bemerkt recht schadenfrohe Kleinigkeiten. Die beiderseitigen Kombinationen verraten indes Geist und Scharfsinn; der problematische Schluß ist entzückend. (Münch. Z.)

Alle für die Schachpatte bestimmten Zuwendungen sind an Herrn Hugo Rusch, Bonn-Weida, Lange Str. 5, zu richten.

Bilder-Rästel.



Auflösung folgt in der nächsten Nr.

Betlerbild.



Da kommt mein Rädel angefragt. — Wo denn nur? Auflösung folgt in der nächsten Nr.